

FRAGESTUNDE

Beginn: 14.10 Uhr

Ende: 15.15 Uhr

1) Förderung und sonstige Zuwendungen an die Gemeinderatsparteien der Stadt Graz seit 2003

GR. **Grosz** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuschauerrängen, liebe Schülerinnen und Schüler der Ortweinschule, hohe Stadtregerung, hoher Gemeinderat!. Ich bin froh, einleitend, dass wir nach zwei Stunden Verzögerung jetzt endlich mit der Sitzung des Gemeinderates beginnen. Ich würde vorschlagen, dass beim nächsten Mal Schwarz und Grün eine Eheberatung aufsuchen oder endlich die Koalition gänzlich auflösen. Das ist durchaus einen Applaus wert. Die Grazer Volkspartei und die Grazer Grünen, die offensichtlich ohnedies bereits im Streit versinken, haben sich im Rahmen ihrer Koalitionsvereinbarung unter Kapitel 6.16.3 wie folgt geeinigt:

Zwischen den KoalitionspartnerInnen wird vereinbart: Die Magistratsdirektion erarbeitet die rechtlichen Grundlagen für die Kürzung der Parteienförderung für jene Fraktionen, die offensichtlich gegen ein Fairnessabkommen im Wahlkampf verstoßen haben.“ Das bedeutet eigentlich, dass diese leidige Diskussion um gekürzte Parteiförderungen uns schon seit Wochen, wenn nicht seit Monaten begleitet. Ich bin der Ansicht, dass bei 33.000 Menschen in dieser Stadt, die an oder unter der Armutsgrenze leiden, 13.000 Menschen in unserer Stadt, die arbeitslos sind, 1000 Menschen in dieser Stadt, die eine Wohnung suchen und bei einem horrenden Schuldenstand von einer Milliarde Euro keine Partei nur mehr einen Cent an Steuergeld an Förderung bekommt. Ich finanziere das steirische BZÖ seit drei Jahren nur aus Spenden und auch nicht aus der öffentlichen Hand, ich glaube, das sollten alle anderen Parteien auch machen und es wird auch deshalb heute einen Antrag auf gänzliche Streichung geben und um diesen auch zu formulieren, kommt jetzt auch die Frage, weil wir auch fundiertes Wissen brauchen, wie hoch überhaupt

diese horrenden Parteisubventionen, Klubförderungen, Infrastrukturkosten für jene Parteien waren, die die letzten sechs Jahre Graz in den Schuldenturm, in das Armenhaus Europas, in das Armenhaus Österreichs finanzpolitisch geführt haben.

Und daher stelle ich in diesem Zusammenhang an den Herrn Stadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi folgende

Frage:

Wie hoch waren die gesamten finanziellen Aufwendungen (Zuwendungen, Subventionen, Förderungen, Verwendungsmittel, Infrastruktur- und Personalkosten) der Stadt Graz für beziehungsweise an die Parteien und die Gemeinderatsklubs des Grazer Gemeinderates vom Jahr 2003 beginnend bis zum 31. Mai 2008, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Parteien? Ich bitte um Beantwortung. Danke.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Lieber Herr Gemeinderat! Vielleicht vorweg der Hinweis, dass wir, glaube ich, alle der Überzeugung sind, dass Demokratie Geld kostet und dass mit einer öffentlichen Parteienförderung auch der beste und der größte Schutz vor Korruption oder vor anderer Beeinflussung von Parteien gegeben ist. Aus diesem Grunde, denke ich, ist es sehr gut und sehr richtig, dass auch in der Stadtgemeinde Graz, in der Stadt, solche Parteienförderungen aufgestellt werden. Ich habe mir die Daten aufschreiben lassen, so wie gewünscht, von 2003 bis 2007. Es hat im Jahr 2003 Gesamtförderungen in Höhe von 1,478 Millionen Euro gegeben, davon hat bekommen die Österreichische Volkspartei 543.800, die SPÖ 444.975, die Alternative Liste Graz – Die Grünen 74.215, die Freiheitliche Partei 152.000,-, die KPÖ 256.000,-, das Liberale Forum, das damals genauso noch wie die Österreichische Autofahrerpartei im Gemeinderat war, jeweils 3.800 Euro. Im Jahr 2004 gab eine Gesamtförderung in der Höhe von 1,5 Millionen Euro, davon hat bekommen die ÖVP 618.000 Euro, die SPÖ 445.000 Euro, die Grünen 79.000 Euro, die FPÖ 89.000 Euro und die KPÖ 311.000 Euro. Im Jahr 2005 waren es insgesamt 1,520 Millionen Euro, davon die ÖVP 618.000 Euro, die SPÖ 445.000 Euro, die Grünen 79.000 Euro, die FPÖ 89.000 Euro und die KPÖ 289.000. Im Jahr 2006 die

genau gleich hohe Summe 1,52 Millionen Euro und in derselben Verteilung über die Parteien, wie genannt. Im Jahr 2007 gab es ebenfalls wiederum die selbe Höhe von 1,520 Millionen und dieselbe Verteilung. Das sind die Ergebnisse von 2003 bis 2007.

GR. **Grosz**: Der Herr Stadtrat hat von Korruption gesprochen, vor denen die Parteien geschützt worden sind. Daher meine Anfrage an den Herrn Stadtrat, schließen Sie aus, dass im Rahmen des ECE-Projektes Quersubventionen an die Parteien des Grazer Gemeinderates geflossen sind?

StR. Dr. **Rüsch**: Ich habe zwar keine Ahnung, was der inhaltliche Zusammenhang zur Parteienförderung sein kann, aber ich habe kein Problem, diese Frage zu beantworten. Soweit mir bekannt ist, schließe ich das tatsächlich aus, dass es zu irgendwelchen Quersubventionierungen gekommen ist. Ich weiß natürlich nicht, ob es irgendwelche Kontakte da zum BZÖ gegeben hat (*Applaus ÖVP und Grüne*).

2) Verkehrskonzept für die Bereiche der Fanzonen

GR. **Mayr** stellt an Bgm.-StvIn. **Rücker** folgende Frage:

GR. **Mayr**: Liebe Frau Bürgermeisterstellvertreterin! Es geht um die Fußball-Europameisterschaft 2008, um diese Public-Viewing-Fan-Zonen, vor allem jene in der Innenstadt, da wird von den Veranstaltern doch ein großer Besucheransturm erwartet, der nicht nur sozusagen die Verkehrssituation in dem unmittelbaren Bereich betrifft, sondern natürlich auch die Anrainerinnen und Anrainer, die hier in dem Umfeld und auch im näheren Bereich der Innenstadt wohnen.

Ich stelle daher an dich die

F r a g e :

Welche Maßnahmen sind von Seiten der Verkehrsplanung – vor allem im innerstädtischen Bereich - vorgesehen (ÖV-Zusatzangebot, Parkplatzangebot, Verkehrsregelungen, etc.), um die An- und Abreise der Fans reibungslos zu gewährleisten und die betroffenen AnrainerInnen zu entlasten?

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Danke für die Anfrage. Natürlich eine hochaktuelle Anfrage, denn am 7. also übermorgen Samstag, geht's los mit der Euro und gratis natürlich insofern auch mit dem Geschehen, als es eben zwei großräumige Public-Viewing-Veranstaltungen gibt, ich werde nicht näher darauf eingehen, ich glaube, allen ist das bekannt und alle haben sich ihre Termine danach schon ausgerichtet am Karmeliterplatz beziehungsweise auf der Passamtswiese dabei zu sein. Das Thema, wie solche Veranstaltungen, Großveranstaltungen dann jeweils errichtet werden, wie sie möglichst schonend für die Anlieger und Anliegerinnen, die in der Umgebung wohnen, ablaufen können, hat uns natürlich vom Anfang an sehr stark beschäftigt, denn schließlich handelt es sich insbesondere beim Karmeliterplatz um eine sehr sensible Zone, weil sie eigentlich mitten in der Innenstadt gelegen ist und nicht unbedingt an einer Autobahnzufahrt, wo man relativ schnell gut Parkflächen zur Verfügung stellen kann. Deshalb geht es auf einer Seite darum, und das möchte ich hier schon auch noch einmal allen jenen ans Herz legen, die vielleicht von vielen Fans umgeben sind, die vorhaben, an diesen Viewing-Veranstaltungen teilzunehmen. Es ist Sommer, es regnet hoffentlich nicht während der Spiele, das heißt, jede Annäherung an die Spiele, die nicht mit dem Auto stattfindet, ist natürlich zu befürworten, auch sonst wünschen wir natürlich uns in der Stadt, dass die Menschen sich möglichst umweltverträglich an die Veranstaltungen heranzubewegen und in diesem Falle wird es vielleicht auch das eine oder andere gemütliche Bier geben, auch deshalb bitte die Empfehlung, überhaupt das Auto einmal von vorneherein daheim zu lassen. Für all jene, die sehr wohl das Auto verwenden müssen, das ist ein Fragezeichen, aber bitte, es gibt immer wieder Menschen, die mit

dem Auto zumindest in die Stadt kommen, es gibt die Möglichkeit der bestehenden Park-&-Ride-Angebote und innerstädtisch haben wir mit der GVB verhandelt, es ist so. Die Spiele finden überwiegend in den generellen Öffnungszeiten und klassischen Fahrzeiten der GVB statt. In den Abendzeiten sind die GVB nicht sehr ausgelastet, das heißt, wir gehen davon aus, dass in den klassischen Abendzeiten die GVB den Mehraufwand gut bewältigen wird. Zusätzlich wird es ein Angebot geben, ab dem Viertelfinale, also ab den Tagen, wo Nachspielzeiten einzurechnen sind oder 11-Meter-Schießen vorgesehen ist, das heißt, eine Nachspielzeit anzuberaumen sein wird, wird es den Nachtbus geben, an all diesen Tagen, an denen die Spielzeiten da sind in alle Richtungen, wie der Nachtbus auch sonst verkehrt, das heißt, die Möglichkeit vom Jakominiplatz in alle Destinationen, die der Nachtbus befährt, nach Hause zu kommen, ist gegeben. Wenn es im Bereich des Autoverkehrs zu einer zu heftigen Beanspruchung der Umgebung kommen sollte, dann ist mit der Polizei vereinbart, dass die Maria-Theresien-Allee und die Jahngasse gesperrt werden, weil wir sonst einfach dort keine Möglichkeit haben, das über das Paulustor abzuwickeln. Normalerweise ist die Paulustorgasse weiter geöffnet, aber es soll eben so sein, dass, wenn zu viele mit dem Auto herankommen, einfach weiter vorne abgestoppt wird. Es ist so, dass mit den Anrainern und Anrainerinnen die folgende Lösung gefunden wurde, es geht ja auch um Stellflächen, die Leute haben dort eine Parkbewilligung und werden vielleicht ihren Parkplatz nicht vorfinden. Für diese Anrainer und Anrainerinnen, die eine Ausnahmegenehmigung haben, wird alternativ in der Pfauengarage gratis ein Parkplatz in dieser Zeit zur Verfügung gestellt. Das ist auch schon an alle Anrainer und Anrainerinnen mit einem Brief mitgeteilt worden und diese Bewilligung kann man gegen einen Parkschein für diese Zeit, der gratis ist, eintauschen. Das heißt, für die Parkversorgung der AnrainerInnen ist auch gesorgt. Darüber hinaus, und das sage ich jetzt als Umweltreferentin, ist es uns natürlich ein Anliegen, dass zum Thema Lärm einerseits wir ganz deutlich appellieren, bitte sich daran zu erinnern, dass man sich eben in einem innerstädtischen Bereich befindet, wo Menschen leben, das ist eine Verantwortung, die ich auch nur an jeden selbst wieder zurückgeben kann. Gleichzeitig wird dafür gesorgt, und das ist mit den Veranstaltern so vereinbart, dass spätestens eine Stunde nach Ende des Abendspieles der Platz pünktlich zu räumen ist zumindest oder zumindest zu verlassen und dann auch abzuschließen ist. Das heißt, dass den AnrainerInnen gegenüber nicht über Gebühr hinaus eine unzumutbare Belästigung im Bereich des

Lärms zugestanden ist. Ich weiß noch nicht, in welchem Ausmaß die Public-Viewing-Veranstaltungen besucht werden, ich nehme an, es wird eine große Wetterabhängigkeit sein, an lauen Sommerabenden gehen wir davon aus, dass mehr los sein wird. Würde aber wieder dafür sorgen, dass womöglich die einen oder anderen sehr wohl mit dem Fahrrad oder mit den Füßen anreisen und das können wir uns nur wünschen. So Großveranstaltungen sind schwer zu bewerkstelligen, aber was wir tun können, tun wir natürlich.

GR. **Mayr:** Die Zusatzfrage geht eigentlich dahin, ab dem Viertelfinale ist natürlich trotzdem mit großem Interesse zu erwarten, allerdings sind natürlich die Spiele der österreichischen Mannschaft schon zumindest dreimal vor dem Viertelfinale, für die konkret jetzt keine, die nicht hineingenommen sind in das Paket. Genauso wenig wie die Forderung oder der Wunsch des ersten Bezirkes nach einer Abendführung der Linie 30, obwohl der Bus natürlich sehr klein ist, aber trotzdem natürlich unmittelbar in diesen Bereich fährt. Daher meine Frage, war da sozusagen in den Verhandlungen mit der GVB nicht mehr drinnen beziehungsweise war es auch nicht möglich, die Veranstalter vielleicht zu einer Kostenbeteiligung zu gewinnen?

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Es war nicht möglich, die Veranstalter zu einer Kostenbeteiligung zu gewinnen, das haben wir versucht und über den 30er haben wir uns sehr intensiv unterhalten, wir haben aber schon einen Platzproblem oben höchstwahrscheinlich am Karmeliterplatz mit der Führung des 30ers, wenn er in einem verdichteten Takt fährt und wir haben es recht deutlich durchbesprochen. Der 30er fährt wieder nur zum Jakominiplatz und letztlich geht es ja darum, wie kommen die Leute von der Stadt wieder hinaus, weil alles, was innerhalb des Bereiches ist, wo der Jakominiplatz mitversorgt wird, ist eigentlich sehr gut zu Fuß erreichbar, das heißt, diese Strecke ist nicht das Hauptproblem. Das Problem ist wirklich, was machen die Leute, die dann hinaus müssen in die angrenzenden Bezirke und deswegen haben wir das prioritär behandelt.

3) Beibehaltung des Stadtschuldenrates

GR. Mag. **Haßler** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Besucherinnen und Besucher des Gemeinderates! Ich darf meine Frage an Herrn Stadtrat Rüsch stellen und zwar folgendermaßen. Sehr geehrter Herr Stadtrat! Von Herrn Dr. Riedler, ihrem Amtsvorgänger als Finanzstadtrat, war – als Begleitung für den Budgetkonsolidierungskurs – ein sogenannter Stadtschuldenrat eingesetzt worden, um die mittel- und langfristigen Auswirkungen des von der Stadt eingeschlagenen Sanierungskurses durch namhafte Finanzexperten mitüberprüfen zu lassen. Dies auch im Hinblick darauf, dass die Außensicht bei derart komplexen Materien von großem Vorteil sein kann und derartige Experten aufgrund ihrer Erfahrungen befähigt sind, die weiter gehenden Auswirkungen bestens beurteilen zu können und ich glaube, dass es für den Kurs der Stadt Graz auch sehr, sehr gut war, diesen Schritt gewählt zu haben und wenn wir uns zurückerinnern, Dr. Riedler hat ja für seinen Kurs in der Budgetpolitik in den vergangenen fünf Jahren auch sehr viel Lob bekommen, weil ich glaube schon, dass er die Stadt auf einen guten Weg gebracht hat.

Und jetzt habe ich eine

F r a g e

an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, ob von Ihrer Seite aus daran gedacht ist, diesen von Stadtrat Wolfgang Riedler eingesetzten Stadtschuldenrat beizubehalten?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Mir hat die Idee sehr gut gefallen von meinem Vorgänger. Ich glaube, sie ist zwar auch für den Finanzstadtrat gut und ich werde sie auf jeden Fall, in welcher Form bin ich am Überlegen, fortsetzen (*Applaus ÖVP*).

Mag. **Haßler**: Dann darf ich mich einmal recht herzlich bedanken, dass Sie diesen Weg einschlagen, weil es hat schon einige Zweifel gegeben, nachdem ja der Staat, sage ich einmal, nicht ganz glücklich war damit, dass die Stadt Graz erstmalig die Milliardengrenze überschritten hat, wenn man es sich vor Augen führt, eine Milliarde Euro, tausend Millionen Euro ist ein hoher Betrag und da war die Sorge, dass einfach dann eine gewisse Hemmschwelle überschritten ist und dass vielleicht der Umgang mit den finanziellen Mitteln etwas zu leicht genommen wird. Meine Zusatzfrage: Gibt es schon konkrete Namen, wer soll diesen Stadtschuldenrat bilden, wann haben Sie daran gedacht, dass er miteingesetzt wird und wird es einen Bericht an den Gemeinderat geben?

StR. Dr. **Rüsch**: Muss ich zwei Antworten geben und zwar, weil Sie die Milliarde Schulden genannt haben, das Übersteigen der Milliardengrenze. Die erste Bemerkung ist die, dass diese Schuldzunahme sich in erster Linie und ganz überwiegend in den Beteiligungen abgespielt hat und nicht im Budget der Stadt Graz. Zum Zweiten ist diese Größe von 2003 bis 2007, also im Laufe der letzten Gemeinderatsperiode, sehr dramatisch gestiegen bei den Beteiligungen. Insofern könnte man durchaus auch den Stadtschuldenrat auch, und das werden wir wahrscheinlich auch tun, mit der Frage der Beteiligung mit beauftragen. Namen möchte ich an dieser Stelle noch keine nennen, mir ist auch noch nicht ganz klar, in welcher Funktion wir da Leute von außen für die Bewertung unseres Budgets heranziehen, aber nochmals, ich denke, dass wir es vor allem für die Bewertung der mittelfristigen Finanzplanung machen werden, das scheint mir der gegebene Ansatzpunkt zu der Einrichtung eines derartigen Rates.

4) Kulturleitbild

GRin. **Jahn** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

GRin. **Jahn**: In meiner Frage geht es um das Kulturleitbild für die Stadt Graz. Es hat ja zu diesem Thema schon seit 2003 immer wieder in regelmäßigen Abständen Fragen auch im Gemeinderat gegeben. Sozusagen die Frage, wie kann langfristige und nachhaltige kulturpolitische Planung in Graz (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) trotz angespannter Budgetsituation funktionieren? Es gab dann im letzten Jahr dazu Diskussionen auch im Rahmen des Kulturausschusses und es wurde dann im November letzten Jahres ein sehr allgemein verfasstes Gemeinderatsstück zur Abstimmung gebracht, das auf Basis von Gesprächen im Rahmen des Grazer Kulturdialoges erstellt wurde, wo recht allgemein festgehalten wurde, dass sozusagen eine Kulturstrategiegruppe beauftragt wird, diese mit den anstehenden Fragen beschäftigen soll. Also da waren Themen drinnen wie die Analysen im Rahmen des Städtebundes, da waren Themen drinnen wie die Kulturschwerpunkte aus dem Projekt Zeit für Graz, aber auch die Ideen von der IG Kultur und ihre ganzen Evaluationsergebnisse, die sie im Bereich für bildende Kunst und Theater in Auftrag gegeben haben. Leider haben wir aber seit damals nicht wirklich was von diesem Projekt gehört, auch im Zuge der Budgetgemeinderatssitzung sind über die Schwerpunktsetzungen im Kulturressort keinen nähere Auskünfte erfolgt.

Deswegen stelle ich an Sie, Herr Stadtrat, die

Frage:

Können Sie den Gemeinderat über den aktuellen Planungsstand zum Kulturleitbild informieren?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich möchte zuerst, liebe Christina Jahn, dass ich den Umstand, dass du mich jetzt siezt für einen formalen Umstand halten und ich hoffe, dass das nicht auf eine innere Distanz zurückzuführen ist, die auf einmal aufgetreten sein könnte, aus welchen Gründen auch immer. Ich darf ja keine Gegenfragen stellen, lasse ich es einmal bei dieser Vermutung bewenden und möchte zuerst sagen, natürlich sind die Schwerpunkte der Kulturpolitik und die

Schwerpunktsetzungen, die sich aus dem Budget ergeben, von mir auch schriftlich festgehalten worden und an die Klubs der Gemeinderatsfraktionen verteilt worden, aber vielleicht ist dir das im Trubel dieser Budgetdebatte untergegangen. Es gibt sie natürlich und es gibt natürlich auch durchaus einige Schwerpunktsetzungen, die auch das Verständnis des Finanzreferenten gefunden haben und damit Eingang in die Budgetgestaltung, und diese Schwerpunktsetzungen haben auch zu einer Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu diesem Ressortbereich geführt, was die Budgets angeht. Es ist richtig, dass am 13. 12., also in der letzten Gemeinderatssitzung der vergangenen Periode, ein entsprechender Beschluss gefasst wurde, die Prozessvorbereitung für künftige Kulturstrategien sollte damit festgelegt werden. Damit wurde auch festgehalten, dass es für konkrete Entwicklung von Kulturstrategien unabdingbar ist, die vielen erfolgten Schritte auf Basis von Studien und Untersuchungen innerhalb der Stadt Graz beziehungsweise über das Kunst- und Kulturgesehen der Stadt Graz bestmöglich miteinander zu vernetzen. Konkret handelt es sich dabei unter anderem um die gerade in Fertigstellung befindliche Studie des Österreichischen Städtebundes zum Mehrwert von Kunst und Kultur. Die für Graz erarbeiteten Lebensqualitätsindikatoren werden nunmehr federführend in der Verantwortung der Magistratsdirektion ausgeweitet und es soll im Jahr 2008 eine neuerliche BürgerInnenbefragung durchgeführt werden, um wiederum eine aktuelle Sicht der BürgerInnen zu erhalten unter anderem auch auf die Lebensaspekte, die sich mit Kunstfragen und Kulturumstände befassen. Außerdem wird das Projekt Zeit für Graz bekanntlich auf Grund der Übereinkunft zwischen grüner und schwarzer Fraktion weitergeführt werden. An die IG-Kultur ging schon in meiner Funktion als Kulturstadtrat der Auftrag, eine Studie über die Fördergefüge in den Sparten Literatur und Film zu erstellen, parallel dazu werden die bereits vorhandenen Studien auf Stand 2007 gebracht, um erstmals einen Spartenvergleich zu ermöglichen. Alle Ergebnisse dieser laufenden Projekte müssen in weiterführenden Prozess berücksichtigt werden. Bei der ersten von mir einberufenen Sitzung des Grazer Kulturbeirates am 18. 4. 2008 waren die Kulturstrategien unter anderem auch Thema. Ich bekenne mich zu einer schwerpunktorientierten Kulturpolitik und ich habe das auch in einer ganzen Reihe von Interviews und Statements auch hier im Gemeinderat bereits zum Ausdruck gebracht auf Basis sozialer Grundwerte. Damit im Zusammenhang ist das Wichtigste für die nächsten fünf Jahre, eine Sicherheit für Kulturschaffende zu ermöglichen, was

natürlich auch mit ökonomischer Sicherheit zu tun hat und bedeutet, dass ich dem Gemeinderat vorschlagen möchte, nach einem entsprechenden Evaluierungsprozess, der noch vor dem Sommer gestartet wird und bereits von mir in Auftrag gegeben wurde, für die wichtigsten Kulturinstitutionen mit mehrjährigen Planungen auch entsprechende mehrjährige Förderverträge zu beschließen und damit die Planungssicherheit, so wie sie auch von vielen, vielen Kulturschaffenden und Kunstvermittlerinnen und Kunstvermittlern immer wieder gefordert wird, sicherzustellen. Mit den Mitgliedern der im Gemeinderatsbeschluss vom 13. 12. eingesetzten Strategiearbeitsgruppe habe ich am 22. 4. 2008 eine Sitzung abgehalten und vereinbart, dass zentrale Fragen, welche für die Kulturpolitik relevant sind, gesammelt werden und daraus die wichtigsten Schwerpunktsetzungen abgeleitet werden und diese Fragen ausgewählt werden. Mögliche Antwortkonzepte sollten von der Strategiearbeitsgruppe erarbeitet und im Grazer Kulturbeirat und in erweiterter Runde, zum Beispiel beim Grazer Kulturdialog, diskutiert werden sollen. Zum Abschluss möchte ich noch darauf hinweisen, dass ich das Kulturamt bereits beauftragt habe, für die Juli-Gemeinderatssitzung einen Informationsbericht an den Gemeinderat über all diese Maßnahmen vorzubereiten, damit eine entsprechende Diskussion auch im Gemeinderat weitergeführt werden kann. Abschließend möchte ich noch sagen, dass ich allerdings der Meinung bin, dass wir allein von fixen Kulturstrategien und Schwerpunktsetzungen in der Kultur in Graz und mit der Kultur in Graz nicht gut leben werden können, sondern ich halte diesen Strategieprozess für einen permanenten Austausch von Ideen von Vorschlägen und ich glaube auch, dass sich die Frage der Schwerpunktsetzungen nicht statisch betrachten lässt, sondern dass wir aus der Beobachtung der Grazer Kulturszene und der internationalen Szene von Zeit zu Zeit diese Schwerpunkte neu zu definieren haben. Mein Verständnis von Kulturpolitik ist in diesem Sinne eine dynamische Diskussion eines Austausches sowohl mit den Kulturschaffenden als auch mit dem Grazer Kulturpublikum, das sich in erster Linie nicht nach ökonomischen Bedürfnissen und Erfordernissen in der Wirtschaft oder des Tourismus orientiert, das aber nicht aus dem Auge lässt natürlich, sondern einem internationalen Städtevergleich, was die Kulturentwicklung in Städten in der Größenordnung von Graz und mit diesem Profil betrifft, möglich macht und auch standhalten soll (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Jahn:** Zuerst, leider wir haben die Schwerpunkte nicht bekommen, ich habe mehrere Male bei uns im Klub nachgefragt, im Unterschied zu den anderen StadtsenatsreferentInnen, vielleicht können wir das noch irgendwie nachholen und die zweite Frage wäre, zusätzlich zu dieser Arbeitsgruppe und zum Kulturbeirat, welche Möglichkeiten gibt es, die lokale Kulturszene in diesem ganzen Diskussionsprozess, aber auch diejenigen, die in Graz sozusagen Kultur in unterschiedlicher Art und Weise konsumieren, in diesen ganzen Prozess einzubeziehen? Also, gibt es da Strukturvorschläge oder wie kann man sich das vorstellen?

StR. Dr. **Riedler:** Also zuerst selbstverständlich bin ich gerne bereit, dafür zu sorgen, dass diese Unterlagen noch einmal auch dir zugehen, leider hast du mir jetzt keine Antwort auf diese Frage der inneren Distanz gegeben, aber das können wir vielleicht auch noch persönlich klären. Es gibt ja eine Reihe von Instrumenten, unter anderem den Grazer Kulturdialog, es gibt das Beiratswesen, es gibt die ständig stattfindende Diskussionen mit Kunst- und Kulturschaffenden. Ich persönlich habe dazu den Zugang, dass nichts über den persönlichen Kontakt und das Gespräch geht und ich habe daher in den letzten Tagen und Wochen versucht, möglichst viele Initiativen, auch Künstlerinnen und Künstler, zu mir einzuladen und diese Gespräche auf einer sehr, sehr unmittelbaren Ebene zu führen. Das hat unmittelbar und erstens einmal zur Folge, dass die Grazer Künstlerinnen und Künstler, Kulturvermittlerinnen und Kulturvermittler den Eindruck gewinnen können, es gibt einen unmittelbaren Zugang zum politischen Verantwortlichen in der Grazer Stadtregierung. Das allein ist aber noch zu wenig aus meiner Sicht, um einen offenen Diskurs zu führen, den ich anstrebe und in den ich vor allem auch jene Gruppen miteinbeziehen möchte, die bisher wenig Chancen oder überhaupt keine Chance hatten, sich an solchen Diskursen zu beteiligen. Entsprechende Ideen und Modelle möchte ich verfolgen. Ein Beispiel, wie das auf künstlerischer Ebene meiner Meinung nach hervorragend geschehen kann, nämlich wie soziale und gesellschaftliche Phänomene mit künstlerischen Mitteln zur Diskussion gebracht werden und daher ein Erfahrungsaustausch stattfinden kann, war etwa, dass im Schauspielhaus von der Intendantin Anna Badora durchgeführte BLOG-Festival. Zu meiner Enttäuschung und

meinem Erstaunen hat es aber nur sehr, sehr wenige politisch Verantwortliche auch aus dieser Stadt gegeben, die dieses BLOG-Festival begleitet haben. Ich verstehe allerdings, man kann nicht immer und überall sein, diese Art der Kommunikation halte ich, ich möchte das noch einmal betonen, gerade im Kulturbetrieb allerdings besonders geeignet, weil das die Ausdrucksmittel und Möglichkeiten künstlerischerseits und vom künstlerischen Zugang in den Diskurs mit einbezieht und das scheint mir besonders sinnhaft zu sein (*Applaus SPÖ*).

5) Grundstücksrücklage

GRin. **Bergmann** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage.

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Rüsch! Im Haushaltsvoranschlag 2008 der Stadt Graz werden die Mittel der Grundstücksrücklage zur Bedeckung herangezogen. Bisher sind darin 9.316.855,43 Euro vorhanden. Diese Rücklage wird jedoch bis auf 55,43 Euro aufgelöst.

Ich stelle an Sie namens der KPÖ – Fraktion folgende

Frage:

Handelt es sich bei den Mitteln, die bisher in der Grundstücksrücklage vorhanden sind, um die Erlöse aus dem Verkauf von Gemeindewohnungen an bisherige Mieter und Mieterinnen? (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich habe in der Kürze der Zeit, die zur Verfügung stand, die Finanzdirektion gebeten, die entsprechenden Daten vom Rechnungsabschluss 2003 bis 2007 herauszuschreiben. Ich weiß, dass es nicht die gesamte Periode ist, in der die Mittel in dieser Rücklage für Wohnungsankäufe verwendet werden müssen.

In diesem Zeitraum jedenfalls von 2003 bis 2007, machen die saldierten Werte zwischen Ankäufen und Verkäufen nur ein Hundertstel des Wertes aus, der der Rücklage zugeführt wurde, und zwar es hat insgesamt Zuführung geben in diesem Zeitraum von 2003 bis 2007 in Höhe von acht Millionen Euro und die Differenz zwischen Ankäufen und Verkäufen hat im selben Zeitraum 79.000 Euro ausgemacht, das heißt, dass ungefähr hundertmal so viel wie aus den An- und Verkäufen gewonnen wurde an Geld, ungefähr hundert Mal soviel zusätzlich zugeführt wurde zu dieser Grundstücksrücklage.

GRin. **Bergmann**: Also mir ist nicht ganz klar, wofür diese Grundstücksrücklage eigentlich geschaffen wurde?

StR. Dr. **Rüsch**: Soweit ich informiert bin, wurde Anfang der 90er-Jahre ein Gemeinderatbeschluss gefasst, die Gelder, eben die Differenz zwischen An- und Verkäufen, dieser Grundstücksrücklage zuzuführen und sie dann zu verwenden für weitere Ankäufe. Ich denke, dass das auch so ok ist, wir haben ja auch im Zusammenhang mit unserem Koalitionsübereinkommen einen Schwerpunkt im Wohnbau gesetzt oder möchten gerne einen Schwerpunkt setzen und ich habe die Leiterin des Liegenschaftsverkehrs gebeten, gemeinsam mit dem Wohnungsamt einmal einfach aufzulisten, welche Grundstücke grundsätzlich für Sozialwohnungsbau zur Verfügung stehen, um dann daraus auch dann tatsächlich Käufe zu tätigen und sie in ein Programm hineinzugeben, das ist beauftragt und wird demnächst nach entsprechender Bearbeitungszeit auch zur Verfügung stehen (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 14.45 Uhr den Vorsitz.

6) Touristischer Nutzen durch den Besuch des Herrn Roy Horn in der Landeshauptstadt Graz

GR. **Schröck** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Schröck**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Der Umgang der Stadt Graz mit weltbekannten Persönlichkeiten ist seit der Umbenennung des damaligen Arnold-Schwarzenegger-Stadions und der Rückgabe des Ehrenrings der Stadt Graz durch den US-Gouverneur Arnold Schwarzenegger hinlänglich bekannt. Dass die zweitgrößte Stadt Österreichs aus dem Umstand, dass sich doch hin und wieder eine prominente und durchaus für touristische Zwecke nutzbare Persönlichkeit nach Graz verirrt, keinerlei verwertbaren Nutzen zieht, ist gelinde gesagt, bedauernswert.

Im Mai 2008 weilte der doch weltbekannte Magier und Showkünstler Roy Horn für zwei Wochen in Graz. Von 1990 bis zum durch eine Verletzung herbeigeführten Ende seiner Bühnenkarriere am 3. Oktober 2003 gestaltete das Duo „Siegfried und Roy“ die meistbesuchtesten Shows in der Geschichte von Las Vegas. Ziel dieser Reise in die steirische Landeshauptstadt war die Inanspruchnahme der medizinischen Künste des über die Grenzen hinaus bekannten Chirurgen Dr. Peter Panzenböck. Herr Bürgermeister, dieser Umstand stellt durchaus eine große Auszeichnung für den Medizinstandort Graz dar. Was dem Tourismusreferenten nach gelegentlichem Studium von Zeitungen nicht entgangen sein dürfte, nutzte Roy Horn nach kurzer Genesungsdauer den Aufenthalt für diverseste Medienauftritte und Sightseeing-Touren in der Grazer Innenstadt.

Den Umstand der Anwesenheit eines weltbekannten Künstlers hätte man durchaus auch seitens des Tourismusreferenten medial für den Ruf von Graz nutzen können, zumal seitens seiner Betreuung oder ihm selbst mitgeteilt wurde, dass er dazu sicherlich gerne bereit gewesen wäre.

Seitens des Tourismusreferenten und sonstiger Mitglieder des Grazer Stadtsenates fand aber keinerlei Kontaktaufnahme mit Herrn Horn beziehungsweise den Betreuern statt, was insofern schade ist, als dass doch internationale Medien, angefangen vom deutschen Boulevard bis hin zum amerikanischen Qualitätsmagazin, vom Besuch

dieses Herrn in der Stadt Graz berichtet haben, aber leider kam es, aus welchen Gründen auch immer, nicht zu einer Wiedervereinigung von Siegfried und Roy in Graz.

In diesem Zusammenhang stelle ich an den für Tourismus zuständigen Referenten Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl folgende

F r a g e :

Warum wurde aus dem Besuch des weltbekannten Künstlers Roy Horn – trotz sicherlich vorhandener Bereitschaft seitens des Herrn Horn - keinerlei touristischer Nutzen – mittels beispielsweise einer Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Graz oder einem medial gemeinsamen Auftritt mit dem Tourismusreferenten – gezogen um so mittels Aufmerksamkeit einen touristischen Nutzen für die Stadt zu ziehen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat! Zu deiner Anfrage möchte ich dir mitteilen, dass Effekthascherei auf Kosten von Menschen, die privat nach Graz kommen, um sich noch dazu nach einem tragischen Unfall einer Operation zu unterziehen, nicht meine Sache ist. Ich gehöre auch nicht zu jenen Politikern, die sich bei ausgerollten Teppichen am Flughafen fast überschlagen, um Gäste gleich zu begrüßen und weder als Bürgermeister noch als Tourismusreferent habe ich auch in Zukunft vor, die Privatsphäre von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens so zu benutzen, sondern mir geht es darum, dass diese Privatsphäre für diese Menschen gewahrt bleibt. Es gab auch entgegen deiner Vermutung keine Kontaktaufnahme und keine erkennbare Bereitschaft zu irgendwelchen Medienterminen, das heißt jetzt ganz konkret von meiner Seite, du wirst weiterhin auf den Auftritt von Siegfried und Roy warten müssen und ich hätte auch nicht gewusst, wo ich die weißen Tiger in Graz auftreiben soll (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.50 Uhr den Vorsitz.

7) Sozialpass

GRin. **Binder** stellt an StRin. **Edlinger** folgende Frage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Wir haben in der vorigen Gemeinderatsperiode einen gemeinsamen Beschluss gefasst zur Erstellung eines sogenannten Sozialpasses. Für uns war das auch in den Koalitionsverhandlungen ein ganz wichtiges Thema und wir haben festgehalten, dass wir das unbedingt auf die Beine stellen müssen und wir wissen auch, dass wir in dir, Elke Edlinger, auch eine sehr, sehr gute Partnerin in dieser Frage haben. Ich habe mich da im Internet jetzt einmal ein bisschen umgeschaut, wie gehen denn andere Städte damit um und bin auf eine sehr erstaunliche Geschichte in Vöcklabruck gekommen. Das möchte ich jetzt nur voranstellen und dann zur Frage kommen. In Vöcklabruck ist es so, dass die Gemeinde das, was wir vorhaben, nicht Sozialpass nennt, sondern Aktivpass und das ist eine ganz wunderbare Geschichte, wenn man das einmal von...du kennst das...und für die Kolleginnen und Kollegen nur zur Information. Dieser Aktivpass bezieht nicht nur Menschen, die an der Armutsschwelle leben oder auch unter der Armutsschwelle, ein, sondern sehr wohl auch Menschen wie zum Beispiel SchulabgängerInnen oder Jugendliche, Präsenzdiener, Zivildiene, PräsenzdienerInnen, aber nicht Präsenzdienerinnen...

Zwischenruf GR. Herper: Noch nicht.

GRin. **Binder**: ...noch nicht, also die werden in diesen Aktivpass eingebunden und Vöcklabruck gibt ein ganz breites Spektrum frei für diese Menschen. Also da geht es zum Beispiel darum, dass Bildungskurse, Büchereibesuche, Museenbesuche usw. sehr günstig zu besuchen sind, dass Kinokarten wesentlich verbilligt sind, dass alle Kulturveranstaltungen verbilligt sind usw. Nachdem mich das so interessiert, stelle ich an dich, liebe Frau Stadträtin, die

Frage:

Welche konkreten Schritten hast du bisher gesetzt, um den vom Gemeinderat beschlossenen Sozial- oder Aktivpass einzuführen?

StRin. **Edlinger:** Sehr geehrte Frau Klubobfrau, liebe Sigi! Ich hätte auch in meiner Antwort kurz angerissen die Frage, ob wir nicht eher Abstand nehmen sollen von der Bezeichnung Sozialpass, weil es doch bis zu einem gewissen Grad wieder quasi in eine Ecke drängt und Aktivpass, egal wie man ihn dann ausführt und in welchem Umfang man ihn dann anbieten kann, einfach ein positiveres Wort ist in dem Sinn, dass es nicht gleich wieder jemanden als eine bestimmte Gruppe brandmarkt, wenn ich das so ganz vorsichtig einmal sagen darf, könnte eben das Wort Aktivpass dafür vielleicht geeigneter sein. Ich habe kurz in meiner letzten Budgetrede am 20. Mai schon das Thema dieses Passes angerissen, weil es in einem Debattenbeitrag auch gekommen ist, nämlich mit der Ankündigung, dass ich gerne einen Informationsbericht basierend auf dem dringlichen Antrag aus der letzten Gemeinderatsperiode in diesem Gemeinderat einbringen möchte, wobei, da werden wir uns auch einig sein, ein derartiger Aktivpass nicht Leistung des Sozialamtes allein sein kann, sondern es dafür eine Gesamtanstrengung gemeinsam hier in der Stadt bedarf, vor allem deswegen auch, weil ja bereits im dringlichen Antrag, den wir beschlossen haben, ja schon verschiedenste Bereiche angesprochen waren: ermäßigter, günstiger oder freier Eintritt in Bildungseinrichtungen, bei Kultur- und Sportveranstaltungen, Verkehrsermäßigungen, Begünstigungen bei Verkehrsbetrieben, das heißt, wir haben hier eine breite Palette von Ressorts, die sich miteinbringen müssen. Weil du mich gefragt hast, welche konkreten Schritte ich gesetzt habe, ich habe die Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen des Amtes gebeten, eben diesen Informationsbericht vorzubereiten, es findet sich dann darin eine kurze Auflistung, welche Ermäßigungen gibt es jetzt. Es findet sich ein kurzer Aufriss, welche Form von Pässen in welchem Umfang gibt es in anderen Städten, zumindest wo wir das schon recherchieren konnten, das ist auch ein Grund, warum wir es nicht heute schon im Gemeinderat einbringen, sondern erst Anfang Juli, weil ich noch darum gebeten habe, dass auch die letzten Entwicklungen aus Wien und Kapfenberg

noch recherchiert werden und noch einfließen. Es werden im Stück auch Aspekte angerissen sein, was alles zu beachten ist, weil zum Beispiel im Dringlichen ja drinnen gestanden ist, dass mit so einem Aktivpass auch Behördenwege insofern erleichtert werden sollen, dass zum Beispiel der Besitzer des Passes oder Besitzerin des Passes automatisch die Wohnbeihilfe neu auch beziehen soll können. Das heißt, wir brauchen dann natürlich auch Verhandlungen mit dem Land, weil ja die Abwicklung Wohnbeihilfe neu Landesangelegenheit ist. Es sind auch andere gewisse rechtliche Aspekte im Stück vorbereitet als Diskussionsgrundlage und einfach als Auflistung, womit wir uns in der weiteren Ausarbeitung des Passes beschäftigen müssen, was den Aspekt der Gültigkeit anlangt, weil auch da haben wir ja aus den einzelnen Bereichen unterschiedliche Zugangsvoraussetzungen. Auch die Einkommensgrenzen etc. sind ja teilweise, was Leistungen anlangt, unterschiedlich. Tatsache ist, dass wir aber als Sozialressort die anderen Ämter nicht verpflichten können, jetzt hier gemeinsam das vorzubereiten, deswegen soll dieser Informationsbericht dazu dienen, einerseits eine Grundinformation, eine erste Diskussionsgrundlage darzustellen aber vor allem als Beschlussantrag beinhalten, dass der Gemeinderat ganz konkret einen Projektauftrag gibt für eine ämterübergreifende Gruppe, die genau diese vielen Fragestellungen, die hier überdacht, genau durchgedacht werden müssen, eben erarbeitet, damit wir dann in weiterer Folge dann hoffentlich bald auch zu so einem Aktivpass kommen können (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Ich bin ganz angetan, dass du so aktiv bist, ich freue mich auf den Informationsbericht.

8) Ankauf Hummelkaserne

GR. **Wippel** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Wippel:** Sehr geehrter Herr Stadtrat! Der Gemeinderat der Stadt Graz hat nach einer Petition, die tausende Grazerinnen und Grazer unterschrieben haben, auch einstimmig dafür plädiert, das Areal der Hummelkaserne, das der Bund über die Firma SIVBEG zum Kauf anbietet, für die Stadt Graz zu sichern, um darauf Gemeindewohnungen zu errichten.

In der Zwischenzeit hat es mehrere Initiativen hier im Gemeinderat gegeben, die unter anderem die Grazer Bau- und Grünlandsicherungs GmbH, die GBG, in Abstimmung mit dem Liegenschaftsreferenten der Stadt Graz aufgefordert haben, in Verhandlungen mit den zuständigen Stellen zu treten.

Es ist notwendig, in Graz immer wieder auf die Dringlichkeit des Erwerbs von Grundstücken für den sozialen Wohnbau hinzuweisen.

Ich stelle deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

F r a g e :

Bis wann kann mit einem Abschluss der Kaufverhandlungen zwischen SIVBEG, GBG und der Stadt Graz gerechnet werden? (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch:** Ich darf Ihnen die Stellungnahme vom Liegenschaftsverkehr, Frau Peer, die damit auch beauftragt wurde, diese Verhandlungen zu führen, kurz vorlesen. Und zwar im April 2006 hat die Abteilung Liegenschaftsverkehr mit der SIVBEG Kontakt aufgenommen und grundsätzliches Interesse der Stadt Graz am Erwerb von Bundesheerliegenschaften vor allem für Wohnzwecke bekundet. Anlässlich eines Besuches im April 2006 bei der SIVBEG in Wien wurde der Vertreterin des Liegenschaftsverkehrs mitgeteilt, dass im Raum Graz die Verwertung der Hummelkaserne und Kirchnerkaserne geplant ist. Zum damaligen Zeitpunkt lagen hinsichtlich dieser beiden Liegenschaften keine Bewertungen vor und waren die Objekte auch nicht aus dem Denkmalschutz, der ja besteht, entlassen. Ebenso war noch kein Auftrag zur Bewertung der Liegenschaften erteilt. Nach

Vorliegen dieser Gutachten wird ein Mindestkaufpreis durch die BIG, das Finanzministerium und das Landesverteidigungsministerium festgelegt und werden sodann die Liegenschaften zum Verkauf ausgeschrieben. Eine Ausschreibung kann nur dann unterlassen werden, wenn eine Gebietskörperschaft die Liegenschaften für öffentliche Zwecke benötigt. In der Folge fand im Juni 2007 bei Bürgermeister Mag. Nagl eine Besprechung statt, an der neben dem Bürgermeister die Geschäftsführer der SIVBEG, der BIG, der GBG, die Vertreterin des Liegenschaftsverkehrs und meine Person teilnahmen. Vom Vertreter der BIG wurde erklärt, dass grundsätzlich die Verwertung in Kombination mit Wohnen angedacht sei, aber damals noch keine konkrete Entscheidung über die Nutzung beziehungsweise auch beabsichtigte Verwertung gefallen sei. Es hat in der Zwischenzeit einen dringlichen Antrag gegeben über den Wunsch, diese Liegenschaften für Wohnbau zu verwenden und dieser dringliche Antrag ist auch beschlossen worden. Der Ordnung halber darf bemerkt werden, dass mittlerweile das Stadtplanungsamt den Antrag im Gemeinderat bezüglich der Bebauungsplanpflicht für den Bereich der Kirchnerkaserne gestellt hat und dieser Beschluss mit 24.5.2008 in Rechtswirksamkeit erwachsen ist, sodass nun beide Areale, nämlich die Kirchnerkaserne und die Hummelkaserne, bebauungsplanpflichtig sind. Zur Frage, bis wann mit dem Abschluss der Kaufverhandlungen mit der SIVBEG gerechnet werden kann, darf bemerkt werden, dass die Stadt Graz bereits seit mehr als zwei Jahren in wiederkehrender Form ihr Interesse an einer allfälligen Wohnverbauung bekundet, jedoch beim derzeitigen Grundeigentümer noch keine endgültige Entscheidung über die weitere Nutzung dieser Liegenschaften gefallen ist. Es werden auch noch keine Preisvorstellungen genannt, sodass deshalb noch keine konkreten Kaufverhandlungen geführt werden können. Ich darf die Informationen noch ergänzen, dass uns von der SIVBEG mitgeteilt wurde, dass im Jahr 2008 die erste Kaserne, im Jahr 2009 die zweite Kaserne verwertet werden soll. Es ist aber immer noch nicht bekannt, ob die erste die Hummelkaserne oder die Kirchnerkaserne ist, also in welcher Reihenfolge diese Kasernen zum Verkauf anstehen werden. Ich habe beim Städtetag in Innsbruck die Vertreter der SIVBEG, die ebenfalls dort anwesend waren, angesprochen und kann nun ganz aktuell berichten, dass derzeit von der SIVBEG keine Kauverhandlungen mit wem auch immer geführt werden und zwar deshalb, weil die BIG nach wie vor überlegt, wie weit sie zumindestens einen der beiden Gründe für eigene Zwecke verwenden möchte.

Ich habe Ihnen ja vorgelesen, dass, wenn das der Fall ist, dann kommen diese Grundstücke auch nicht zur Ausschreibung. Das heißt zusammengefasst, wir sind mit der SIVBEG in laufendem Kontakt, es gibt aber derzeit von unserer Seite her keine Möglichkeit, einen derartigen Kauf tatsächlich umzusetzen, weil eben der Partner, die SIVBEG, derzeit jedenfalls diesen unmittelbaren Verkauf, und wenn, dann an die Stadt Graz, nicht vorsieht.

GR. **Wipfel:** Wie schaut der konkrete Fahrplan jetzt von der Liegenschaftsverwaltung aus, gibt es eventuell Bemühungen, ein Vorkaufsrecht von der SIVBEG zu erwirken?

StR. Dr. **Rüsch:** Wir sind nicht in der Lage, es hat für uns keinen Zweck, einen Fahrplan zu erstellen, weil der Kauf auch ein Verkaufsinteresse der SIVBEG voraussetzt und dieses Verkaufsinteresse an die Stadt Graz ist jedenfalls bisher offiziell nicht bestätigt worden. Ich kann nur noch einmal sagen, dass der Kontakt laufend ist, wir werden auch laufend selbstverständlich im Kontakt bleiben, aber die erste Entscheidung muss bei der SIVBEG beziehungsweise beim 49%-Eigentümer der SIVBEG, das ist die BIG, fallen, nämlich die Grundstücke nicht für eigene Zwecke zu verwenden, sondern sie tatsächlich auszuschreiben (*Applaus ÖVP*).